

Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989

Von Michael Richter

Die 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone gegründete CDU wurde in den Jahren zwischen 1948 und 1952 unter dem Druck der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und der SED zu einer Blockpartei umgeformt. Der politische Wille vieler Mitglieder stimmte mit dem äußeren Bild der Partei nicht mehr überein. Vor allem in der Frage des Führungsanspruchs der SED gab es seit der Gleichschaltung Anfang der fünfziger Jahre bis zum Herbst 1989 eine politische Kluft zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft.¹ Dieser Widerspruch bestimmte auch die Entwicklung im Vorfeld und während der Wende, als sich die Ost-CDU innerhalb weniger Monate gegen den erheblichen Widerstand zahlreicher Altfunktionäre programmatisch und organisatorisch zu einer eigenständigen Partei wandelte, die sich dann Anfang Oktober 1990 mit der westdeutschen CDU vereinigte. Die folgenden Seiten stellen den Gang der Entwicklung bis zum Sonderparteitag im Dezember 1989 dar.

Die Vorgeschichte der Erneuerung der CDU im Herbst 1989 reicht zurück bis in die Anfangszeit der Perestroika. Schon Mitte der 80er Jahre gab es auf zahlreichen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen Diskussionen über die Politik der SED und der eigenen Parteiführung. Vor allem in sozialetischen Fragen zeigte sich schon länger die Tendenz, daß die CDU ihre Rolle als »Transmissionsriemen« der SED zu sprengen suchte.² Die Fremdsteuerung durch die SED mittels williger Sekretäre wurde in den achtziger Jahren immer stärker abgelehnt. Die Mitglieder sahen angesichts der sich ändernden politischen Rahmenbedingungen in der Partei nicht mehr nur einen Schutzraum, sondern forderten stärkere Mitbestimmung, deutliche Signale der Eigenprofilierung und ein Abrücken von der unbedingten Gefolgschaft zur SED. Offene Proteste gegen die restaurative Politik der SED blieben aber auch in den achtziger Jahren eine Ausnahme.

1 So auch Siegfried SUCKUT: »Vom Blocksystem zur Konkurrenz. Zum Wandel der ehemaligen Blockparteien in der DDR seit dem Herbst 1989«, in: Ilse SPITTMANN/Gisela HELWIG (Hg.), *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, Offene Fragen. Dreiundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, 5. bis 8. Juni 1990, Köln 1990, S. 129.

2 Vgl. Ehrhart NEUBERT, *Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel. Auf dem Weg zu einer politischen Ökologie*, hg. v. Benn Rooff, Ev. Bekenntnisgemeinde Berlin-Treptow – innerkirchlich –, Berlin Oktober 1989, S. 53.

Die Entwicklung im Ostblock und die Veränderungen des politischen Gesamtklimas führten jedoch zu einem Aufbruch, der – von den Kirchen unterstützt – weder vor der SED noch vor den Blockparteien Halt machte. In der CDU nahm der Gegensatz zwischen Mitgliedern und Führung zu. Gerald Götting, seit 1966 Vorsitzender der Ost-CDU, verschloß sich jeder Diskussion über Veränderungen. Die Mitglieder fanden sich stärker in den Aussagen der Synoden der Evangelischen Landeskirchen wieder als in der Politik der Parteiführung. Die Unzufriedenheit wurde schnell zu einem flächendeckenden Phänomen. Allerdings wirkten an den wesentlichen Schaltstellen der Partei weiterhin die Kräfte, deren oberste Maxime die Befolgung der SED-Ideologie war.

Bereits im Sommer 1986 wandten sich die ersten Ortsgruppenvorstände in Briefen an Götting, um Veränderungen anzumahnen. Solche Vorstöße waren zu diesem Zeitpunkt noch etwas Außergewöhnliches und wurden von der SED und vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) argwöhnisch registriert. Mit Hilfe von Informellen Mitarbeitern (IM) versuchte man die Entwicklung aufzuhalten. 1988 verstärkte sich die Reformdiskussion. Eine Mehrheit der Mitglieder lehnte den »real existierenden Sozialismus« in wesentlichen Punkten ab. Die Diskussionen fanden statt in Mitgliederversammlungen³, Schulungsstätten und in den Gremien, in denen enge Kontakte zu den Kirchen bestanden. Auch im »Arbeitskreis für Kirchenfragen« beim Hauptvorstand der CDU waren kritische Stimmen zu hören. Anders als bei der LDPD, gingen die Anstöße zur Reform in der CDU fast ausschließlich von der Basis aus.

1988 und 1989 fanden in den Mitgliederversammlungen zahllose Diskussionen statt. Thema war dabei immer wieder die Entwicklung in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten des Ostblocks und die Ideologie des Marxismus/Leninismus. Aber auch die allgemeinen Diskussionen in der Bevölkerung, die sich um Versorgungsprobleme, fehlende Grundfreiheiten, die totalitäre Bevormundung durch SED und Staatsapparat drehten, kamen zur Sprache. Ihren Niederschlag fand die Unzufriedenheit an der CDU-Basis in zahlreichen Briefen an die Parteiführung sowie in den monatlichen Informationsberichten der Kreissekretariate an die Bezirkssekretariate und in den Quartalsberichten an den Hauptvorstand.

Die durch Glasnost und Perestroika ausgelöste Entwicklung veranlaßte die SED und den Staatsapparat zu Gegenmaßnahmen. 1988 beschloß das MfS »zur Sicherung und Beherrschung der Lage in den Blockparteien und deren Medien« durch eine verstärkte »operative Durchdringung der

3 Vgl. z.B.: »Mut und Initiative wurden in jahrzehntelanger Entmündigung erstickt. Gedanken der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen (DDR) vom 27. Juni 1988 an den Hauptvorstand der CDU«, in: Begleittexte auf dem Weg zur Einheit, hg. von der Exil-CDU, Berlin 1990, S. 23-29.

Kreisvorstände« mit IM des MfS ein »rechtzeitiges Erkennen von Tendenzen des ideologischen Aufweichens, des Zurücktretens vor gegnerischen Argumenten und der Überbetonung der Eigenständigkeit der Blockparteien«⁴ aufzuklären und operativ zu verhindern.

In einem Resümee der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Rostock vom März 1989 hieß es zur Haltung von Funktionären und Mitgliedern der Blockparteien zu Grundfragen der Außen- und Innenpolitik der SED⁵: »Der außenpolitische Dialog der SED zur Sicherung des Friedens« werde zwar vorbehaltlos unterstützt; es würden jedoch zunehmend kritische und zum Teil auch ablehnende Positionen zur Informationspolitik und zur Wirtschaftsführung zum Ausdruck gebracht. Maßgeblich mit beeinflußt durch Orientierungen der Parteivorstände – das betraf vor allem die LDPD – seien besonders in den Bezirks- und Kreisvorständen sowie in einzelnen Ortsgruppen der Blockparteien Bestrebungen erkennbar, gegenüber der SED ein größeres Mitspracherecht bei innenpolitischen Entscheidungen durchzusetzen. Hinweise auf sozialismusfeindliche Ziele seien jedoch nicht bekannt. Die Grundpositionen eines großen Teils der Funktionäre der Blockparteien würden nachhaltig durch die gesellschaftliche Umgestaltung in der UdSSR geprägt.⁶ Die Maßnahmen von SED und MfS führten zwar in Einzelfällen zur Disziplinierung, sie konnten aber den gesamtgesellschaftlichen Aufbruch, der sich auch in den Blockparteien niederschlug, nicht mehr aufhalten.

Empörung lösten in den Blockparteien die offensichtlichen Fälschungen bei der Kommunalwahl im Mai 1989 aus. Die Kritik wurde jedoch in der bewährten Weise unterdrückt. Exemplarisch sei der Fall der Absetzung des Redakteurs der CDU-Zeitung *Die Union*, Andreas Helgenberger, erwähnt, der den Formalismus der sogenannten Volksaussprache in Vorbereitung der Wahlen auf's Korn nahm und dem auf Initiative des Presseamtes der DDR fristlos gekündigt wurde.

In zahlreichen Briefen beschwerten sich Mitglieder der Blockparteien bei ihren Parteiführungen, was in der Ost-CDU nur zu Repressionen führte, im Gegensatz übrigens zur LDPD, wo sich auch die Parteiführung Gedanken über eine Demokratisierung der Gesellschaft machte.

4 Geheime Verschlusssache 0043-515/88, in: Unabhängiger Untersuchungsausschuß Rostock (Hg.), *Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit*, Rostock 1990, S. 65.

5 Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweise unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17.03.1989. Zit. in: *Arbeitsberichte über die Auflösung* (zit. Anm. 4) S. 69-72.

6 Vgl. ebd. S. 68.

Der Hinweis auf die Reformkräfte in der CDU kann und darf allerdings nicht den Blick dafür verstellen, daß ein großer Teil der Funktionäre und viele Mitglieder bis zuletzt im Sinne der SED wirkten. Das wird verständlich, wenn man weiß, daß alle Kaderentscheidungen in den Blockparteien mit dem MfS abgestimmt waren. Haupt- und ehrenamtliche Kader in politisch bedeutsamen Funktionen wurden »erst eingestellt bzw. berufen, wenn das MfS dazu keine Einwände« hatte.⁷ Die SED-treuen Funktionäre haben das Bild der Ost-CDU nach außen wesentlich geprägt. Dieses Bild aber gab den tatsächlichen Zustand der Partei nicht adäquat wieder.

Im Sommer 1989 war die Diskrepanz zwischen Basis und Parteiführung größer denn je. Die Bereitschaft, den politischen Maximen Göttings zu folgen, nahm schnell ab. Neben dem kritischen Teil der Mitgliedschaft entwickelte auch der mittlere Funktionsapparat ein stärkeres Eigenleben und distanzierte sich mehr und mehr von den Direktiven der Parteiführung. So wies der SED-Kreissekretär von Brandenburg im September 1989 z.B. darauf hin, daß leitende Funktionäre der Blockparteien anfangen, »die gleichen Fragen zu stellen, wie sie vom Klassegegner gestellt« würden.⁸ Auch unter Funktionären und Mitgliedern der CDU im Bezirk Rostock registrierte die SED »kritische Positionen zur Wirtschafts-, Informations- und Bildungspolitik«⁹.

Im Prozeß der Polarisierung in der Partei schwankten die Sekretäre der Bezirks- und Kreisebenen zwischen Loyalität gegenüber der Führung und Zustimmung zur Parteibasis. Innerhalb der CDU bildeten sich Gruppierungen, die das System des demokratischen Zentralismus in Frage stellten und die innerparteiliche Demokratisierung vorbereiteten.¹⁰ Auch hier versuchte die SED gegenzusteuern.

Wie in der Jahresplanung des MfS für 1989 vorgesehen, wurde »der Durchdringungsprozeß, einschließlich der Schaffung inoffizieller Quellen in den Bezirksvorständen der CDU und LDPD« weiter erhöht, um das

7 Analyse zur politisch-operativen Lage in den Bezirksverbänden der befreundeten Parteien – Berlin, 27. November 1987. Ministerium für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Berlin, Abt. XX/1 (ZAN). Zit. bei Stefan WOLLE, »Der Weg in den Zusammenbruch. Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989«, in: Eckhard JESSE/Armin MITTER (Hg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*. Bonn 1992, S. 89.

8 SED Kreisleitung Brandenburg: Monatsbericht September 1989. An: Bezirksleitung der SED. 1. Sekretär, Genossen Dr. Günther Jahn. Brandenburg, den 18.9.1989. Gez. Winfried Mitzlaff. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Rep. 530 Nr. 47.

9 Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweise unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17.03.1989. Zit. in: Arbeitsberichte über die Auflösung (zit. Anm. 4) S. 69-72.

10 Vgl. Horst KORBELLA, Die personelle und programmatische Erneuerung der CDU seit dem Sommer 1989, Bonn, den 25.2.91., S. 9 (Privatarchiv Richter Ost-CDU 2).

»Anwachsen eines kritischen Potentials« wirksam zu unterbinden.¹¹ Im September 1989 registrierte das MfS an der Basis von LDPD und CDU dennoch verstärkte »Bestrebungen einer Neuprofilierung ihrer Parteien«. Erneut wurden die Leiter aller MfS-Dienststellen angewiesen, mit Hilfe der breiten IM-Basis in den Blockparteien »Beeinträchtigungen bzw. Störungen der Bündnispolitik rechtzeitig zu erkennen und durch geeignete operative Maßnahmen zu unterbinden«.¹²

Auch der von Vertretern der Bürgergruppen oft behauptete Gegensatz zwischen Oppositionellen und Demonstranten auf der einen und den Blockparteien auf der anderen Seite wird der Rolle der Mitglieder dieser Parteien nicht ganz gerecht. Unter den rund 500.000 Mitgliedern der Blockparteien gab es von Anfang an Zehntausende, die sich an den Demonstrationen beteiligten, die sich Bürgergruppen anschlossen, in den Kirchen mitarbeiteten und sich so völlig im Gegensatz zu ihren Leitungen an der friedlichen Revolution beteiligten.¹³

Einen Höhepunkt der kirchlichen Opposition gegen das SED-Regime stellte die Eisenacher Synode des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR im September 1989 dar. Auf dieser Tagung wurde am 10. September ein von vier im Bereich der evangelischen Kirche tätigen Mitgliedern der CDU¹⁴ veröffentlichter »Brief aus Weimar«¹⁵ bekannt, der sich an die Mitglieder und Vorstände der CDU wandte. Die CDU wurde darin zu gesellschaftlichen und politischen Reformen aufgefordert. Angemahnt wurden u.a. freie Reisemöglichkeiten, ein neues Wahlgesetz, innerparteiliche Demokratie, Daten über die Umweltverschmutzung und die Wiederaufnahme der Zeitschrift »Sputnik« in die Postzeitungsliste.¹⁶

11 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abteilung XX: Jahresplan 1989 des Leiters der Abteilung XX. Geheime Verschlusssache 153/88. Leipzig, 28. Dezember 1988. Bestätigt: Leiter der Bezirksverwaltung, Hummitzsch, Generalmajor. Bl. 23 (Forschungsstelle für die Verbrechen des Stalinismus Dresden, Bezirksverwaltung Leipzig).

12 Ministerium für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Erfurt. Leiter, gez. Schwarz, Generalmajor. Erfurt, 27.9.1989. Tgb. Nr. 563/89: Rückflußinformation zur politisch-operativen Lage unter feindlich-negativen Kräften im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Erfurt im Zusammenhang mit den gegenwärtig republikweit durchgeführten feindlich-negativen Aktivitäten zur Schaffung sogenannter Sammlungsbewegungen politisch-oppositioneller Personen. Bl. 27 (Forschungsstelle für die Verbrechen des Stalinismus Dresden, Bezirksverwaltung Erfurt).

13 Peter Joachim LAPP, »Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit«, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 62.

14 Martina Huhn (Rechtsanwältin aus Sachsen, Synodale des DDR-Kirchenbundes), Christine Lieberknecht (Pastorin aus Rams-la), Martin Kirchner (Leitender Jurist im Thüringer Landeskirchenrat, Oberkirchenrat) und Gottfried Müller (Chefredakteure der thüringischen Kirchenzeitung »Glaube und Heimat«).

15 Der »Brief aus Weimar« in: *Neue Zeit* vom 26. Oktober 1989; nachgedruckt in: Begleittexte (zit. Anm. 3) S. 31-36.

16 »ena« vom 28. September 1989. *Frankfurter Rundschau* vom 3. Oktober 1989.

Im Hauptvorstand wurden innerhalb von zwei Stunden nach Erscheinen des Briefes »Maßnahmen zur Verhinderung seiner weiteren Popularisierung« festgelegt.¹⁷ Das blieb jedoch ohne Wirkung. Der »Brief aus Weimar« wurde durch die Initiatoren in einer gezielten Postaktion allen Kreisverbänden der CDU zugeschickt. In den Vorständen und Mitgliederversammlungen wurde das Alternativkonzept schnell aufgenommen und diskutiert.¹⁸ Am 19. September, noch während der Synode, wies die CDU-Führung unter Gerald Götting den Brief zurück. Der Partei liege wie allen gesellschaftlichen Kräften viel daran, »Werte und Möglichkeiten unserer sozialistischen Demokratie und des Bündnisses aller gesellschaftlichen Kräfte noch wirksamer auszuschöpfen«, um neuen Anforderungen gerecht zu werden. Es widerspreche aber innerparteilicher Demokratie, »wenn sich Parteimitglieder – wie das am Wochenende in Eisenach geschehen« sei – an eine internationale Öffentlichkeit wenden.¹⁹ Götting ordnete an, die Unterzeichner aus der CDU auszuschließen.

Zum geplanten Parteiausschluß kam es jedoch nicht. Angesichts der Resonanz des Briefes schien einigen Mitgliedern des Hauptvorstandes ein Ausschluß das falsche Signal zu sein. Auch im Hauptvorstand gab es Funktionäre, denen der Kurs des völlig SED-loyalen und vom MfS abhängigen Götting nicht paßte und die – ähnlich wie in der LDPD – einen Kurs anstrebten, der der Blockpartei mehr Eigenständigkeit innerhalb des sozialistischen Systems einräumte. Bereits im März 1989 hatte das MfS auch »im Hauptvorstand der CDU erkennbare Ansätze« registriert, »unter dem Aspekt der Eigenständigkeit der Partei die Zusammenarbeit mit der SED zu unterlaufen«²⁰. Da Götting seinen kompromißlosen Standpunkt nicht durchsetzen konnte, fand am 26. September in Ost-Berlin ein einlenkendes Gespräch der Autoren des Briefes mit den Mitgliedern des Präsidiums und des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU, Werner Wünschmann und Adolf Niggemeier, statt, bei dem sich die Parteiführung zu weiteren Gesprächen bereit erklärte. Die Unterzeichner bekundeten ihrerseits, daß es ihnen nicht um die Bildung einer innerparteilichen oder gesellschaftlichen

¹⁷ KORBELLA (zit. Anm. 10) S. 10.

¹⁸ *Neue Zeit* vom 26. Oktober 1989. Text in: *Dokumentation zur Entwicklung der Blockparteien der DDR von Ende September bis Anfang Dezember 1989*, bearbeitet von Katharina Belwe/Ute Reuter, hg.: Gesamtdeutsches Institut (Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben), Bonn 1989, S. 77-79. Vgl. Helmut LÜCK, »Ein Mehr an Demokratie. Die neue CDU«, in: Hubertus KNABE (Hg.), *Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, Reinbek 1989, S. 127f.

¹⁹ *Neue Zeit* vom 19. September 1989.

²⁰ Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17.03.1989. Zit. in: Arbeitsberichte (zit. Anm. 4) S. 69-72.

Opposition gehe, sondern um eine Belebung der Zusammenarbeit im Block. Sie seien »für die DDR auf der Basis ihrer sozialistischen Ordnung«.²¹

Nach dem Gespräch erklärte der Hauptvorstand in internen Schreiben an die Bezirkssekretariate, daß es »für die CDU als staatstragende Partei völlig ausgeschlossen« sei, sich mit Gruppen – mögen sie kirchlich protegiert sein oder nicht – zu identifizieren, die sich selber als »oppositionell« verstünden. Für die Teilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten bestünden in der DDR im übrigen »alle politischen, gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen«. Es wäre falsch, zu behaupten, die CDU sei im Block eine »nachgeordnete Partei«. Vielmehr sei sie völlig gleichberechtigt und gleichverpflichtet.²² Der Hauptvorstand forderte alle Mitglieder auf, die »zügellose Hetze gegen den sozialistischen deutschen Staat« in Mitgliederversammlungen zurückzuweisen und diese zu nutzen, »die Auseinandersetzung mit jenen Kreisen in der BRD zu führen, die erneut zum Angriff auf die Grundprinzipien und Grundwerte des Sozialismus vor allem in der DDR« blasen.²³

Während die Parteiführung hoffte, das Thema »Brief aus Weimar« wäre damit abgeschlossen, wirkte das Papier unter den CDU-Mitgliedern wie ein Luftzug in der Glut. Auf zahlreichen Mitgliederversammlungen wurden die Thesen weiter diskutiert. Beim Sekretariat des Hauptvorstandes häuften sich bald Briefe, Beschwerden und Eingaben, in denen sich Mitglieder, Ortsgruppen und Kreisvorstände die Forderungen des Reformpapiers zu eigen machten und ergänzten.²⁴ Gefordert wurde bereits ein vorgezogener Parteitag und der Rücktritt der Parteiführung.²⁵

Auch den staatlichen Organen blieb der Stimmungsumschwung an der CDU-Basis nicht verborgen. In einem »Stimmungsbericht« informierte die Bezirksverwaltung Neubrandenburg des MfS die Bezirksleitung der SED, daß »feindlich-negative Kräfte, kirchliche Amtsträger, einzelne Künstler und Mitglieder der LDPD bzw. der CDU ihre Aktivitäten« verstärkten, »Vorstellungen wie das 'Neue Forum' an der Basis zu verbreiten und Wirkungen zu erreichen«.²⁶

21 Akte Weimar, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP). Die hier und nachfolgend angeführten Dokumente aus dem ACDP befanden sich zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrages noch unter provisorischer Signatur. Vgl. Ralf Georg REUTH, »Wie de Maizière an die Spitze kam. Wendungen in der Wende der einstigen Blockpartei«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Juli 1991.

22 Information des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU. Für die Bezirkssekretariate. Parteiinternes Material. Nr. 14/1989. Berlin, 26.9.1989. ACDP (s. Anm. 21).

23 Ebd.

24 Vgl. Akte Weimar, ACDP (s. Anm. 21).

25 Vgl. LÜCK (zit. Anm. 18) S. 129.

26 Ulrich von SASS/Harriet von SUCHODELETZ (Hg.), *Feindlich-negativ. Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale*, Berlin 1990, S. 135f.

Ende September Anfang Oktober 1989 überschlugen sich die Ereignisse in der DDR. In der Zeit um den 40. Jahrestag am 7. Oktober 1989 erlebte man Großdemonstrationen, wie es sie zuletzt im Juni 1953 gegeben hatte. Durch den Massensexodus drohte das Land auszubluten. Auch in der CDU gärte es immer stärker. Am 10. Oktober 1989 erschien in der Dresdner CDU-Zeitung *Die Union* der »erste Glasnost-Artikel«²⁷ der Redakteurin Uta Dittmann unter dem Titel »Es ist möglich, miteinander zu reden« über die Ereignisse in Dresden. Darin hieß es: »Die Information über die Ereignisse der letzten Tage und Nächte in Dresdens Innenstadt, die auch unsere Zeitung gestern veröffentlicht hat, war einseitig und vermittelte ein falsches Bild...«.²⁸ Am 11. Oktober setzte sich auch die *Neue Zeit* über die üblichen Regeln der Berichterstattung hinweg, verkürzte eine ADN-Meldung über die Unruhen am 10. Oktober und setzte den eigenen Bericht im Konjunktiv fort.²⁹ Was nach westlichen Maßstäben lapidar schien, hatte im totalitären Unterdrückungsstaat enorme symbolische Bedeutung.

Erst nachdem auch die SED ab dem 11. Oktober offiziell auf Dialogpolitik umgeschwenkt war und im ganzen Land bereits offizielle Wende-Erklärungen abgegeben wurden, zeigte auch der Hauptvorstand der CDU Kompromißbereitschaft. Die CDU-Presse veröffentlichte am 12. Oktober einen Artikel Göttings, in dem dieser erklärte, es gebe viele Fragen, die einer gründlichen Diskussion und überlegter Entscheidungen bedürften. Den »Brief aus Weimar« nannte Götting nun plötzlich einen »Anstoß«, durch den die CDU »ihr Profil als politische Partei von Christen unverwechselbar« zeige.³⁰

Die Politik des Hauptvorstandes der CDU lag – im Gegensatz zur LDPD – zu diesem Zeitpunkt jedoch weiterhin voll auf der Linie Honeckers. Das zeigte sich, als Honecker am 13. Oktober die »Vorsitzenden der befreundeten Parteien« Günther Maleuda, Gerald Götting, Manfred Gerlach und Heinrich Homann sowie den Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front, Lothar Kolditz, zu einer »Beratung über aktuelle Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR« empfang. Honecker betonte, angesichts der Entwicklung dürfe kein Eindruck von Zweigleisigkeit entstehen. Zwar solle der Sozialismus durch »tiefgreifende

27 So Dresdens Oberbürgermeister Herbert Wagner auf einer Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung am 9. November 1990 in Bayreuth. Mitschrift des Autors (Privatarchiv Richter 4023).

28 *Die Union* vom 10. Oktober 1989. In der Ausgabe vom 6./7./8. Oktober 1989 hieß es: »Wie die zuständigen Staatsorgane mitteilten, kam es in der Nacht vom 4. und 5. Oktober 1989 im Bereich des Dresdner Hauptbahnhofes zu rowdyhaften Ausschreitungen ...«.

29 Vgl. Gunter HOLZWEISSIG, »DDR-Presse im Aufbruch«, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 226.

30 Gerald Götting, »Unsere Verantwortung«, in: *Neue Zeit* und *Die Union* vom 12. Oktober 1989.

Wandlungen und Reformen« weiter verbessert werden, das Entscheidende bleibe aber, »unbeirrt an unseren Grundwerten festzuhalten, am Sozialismus in der DDR nicht rütteln zu lassen. In Zukunft solle die Nationale Front eine größere Rolle spielen. In der Volkskammer werde die SED künftig Anfragen und Antworten erlauben.³¹ Götting, Homann, Kolditz und Maleuda stimmten den Ausführungen Honeckers uneingeschränkt zu. Nur Gerlach drängte auf kritische Formulierungen im Kommuniqué. Er kritisierte die Führungs- und Sprachlosigkeit der SED. Man dürfe mit Entscheidungen nicht bis zum XII. Parteitag der SED warten. Auf der Tagesordnung stünden öffentlicher Dialog, Reisefreiheit, mehr Demokratie im politischen Leben, Änderungen im politischen Strafrecht und ein neues Wahlsystem.³²

Die CDU-Führung war zu diesem Zeitpunkt weit davon entfernt, derartige Forderungen zu übernehmen oder gar selbst zu formulieren. Nur langsam, parallel zur SED und unter dem Druck der Ereignisse verstärkte sich auch hier die Diskussion über den weiteren Weg der DDR und der eigenen Partei. Mitte Oktober 1989 wurde die Forderung nach der Einberufung eines Sonderparteitages der CDU immer lauter. Nach einem Aufruf der Ortsgruppe Neuenhagen³³ folgten Aufrufe aus anderen Parteiverbänden. Am 16. Oktober tagte in Berlin das Präsidium der CDU mit den Bezirkssekretären. Trotz kontroverser Diskussionen konnte Götting keine Änderung des politischen Standortes abgerungen werden. Die Bezirksvorsitzenden von Karl-Marx-Stadt und Schwerin, Klaus Reichenbach und Lothar Moritz, erklärten unter dem Beifall der Anwesenden, daß es in der CDU längst eine andere CDU gebe als die, die Götting noch zu führen meine. Götting verbot daraufhin jede Beifallskundgebung und erklärte, die Entwicklung werde durch den Einsatz sowjetischer Truppen bald wieder eine Änderung erfahren.³⁴

Angesichts der Haltung der Bezirkssekretäre sah sich das Präsidium des Hauptvorstandes jedoch veranlaßt, noch am selben Tag erstmals im SED-Stil Selbstkritik zu üben. Man habe im Bestreben, »die imperialistischen Aktionen gegen unsere Gesellschaft abzuwehren« vor allem auf Kontinuität gesetzt. Dabei seien Signale aus den eigenen Reihen nicht früh genug erkannt worden. Der Hauptvorstand schloß sich jetzt den allgemein erhobenen Forderungen nach Dialog, Reisefreiheit etc. an, erklärte aber zugleich, für die CDU sei »all das unverzichtbar ... was zum Sozialismus in der DDR und zu

31 Günter SCHABOWSKI, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 258. Hannes BAHRMANN/Christoph LINKS, *Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik*, Berlin 1990, S. 25. Vgl. Manfred GERLACH, *Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat*, Berlin 1991, S. 287f.

32 Vgl. GERLACH (zit. Anm. 31) S. 288-290. Vgl. Interview mit Manfred Gerlach in *Der Spiegel* vom 6. November 1989.

33 Aufruf zum Sonderparteitag (Privatarchiv Richter, Korbella S. 58f.).

34 KORBELLA (zit. Anm. 10) S. 11.

seinen eigenen Zügen beigetragen«³⁵ habe. Nach der offiziellen Selbstkritik gaben nun nacheinander auch die meisten Bezirks- und Kreisvorstände der CDU Erklärungen ab, in denen sie sich der neuen Linie Göttings anschlossen oder aber bereits weitergehende Forderungen stellten. Es wurde kritisiert, daß der Hauptvorstand der CDU sich erst so spät mit einer Erklärung zu den Problemen des Landes an die Öffentlichkeit gewandt habe.³⁶

Nun setzte ein Differenzierungsprozeß ein, der zeigte, wie heterogen die Kräfte waren, die sich unter dem Dach der CDU zusammengefunden hatten. Er griff in der zweiten Oktoberhälfte auch auf die CDU-Führung über. Hier saßen in der Mehrzahl Funktionäre, die ihre Posten den guten Beziehungen zur SED oder zum MfS verdankten und die allein aus diesem Grund die Politik der SED mittrugen.

Am 26. Oktober 1989 kam es auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU zu einer weiteren Auseinandersetzung über den »Brief aus Weimar« und den zukünftigen Kurs der Union. Götting hatte zuvor den Entwurf eines Positionspapiers verschickt, das auf der Tagung beraten werden sollte.³⁷ Auch der stellvertretende CDU-Vorsitzende Wolfgang Heyl forderte, die führende Rolle der SED auch weiterhin anzuerkennen, gleichzeitig aber das Profil der Blockpartei zu modifizieren.³⁸

Diese SED-freundliche Politik der Parteivorsitzenden kollidierte mit den Auffassungen der Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der Parteibasis. Auf einer Tagung der CDU mit »Kulturschaffenden« am 27. Oktober 1989 in der Zentralen Bildungsstätte der CDU in Burgscheidungen kam es zu leidenschaftlich geführten, stundenlangen Auseinandersetzungen. Götting eröffnete die Tagung zunächst im üblichen Stil mit einer Rede, die keinerlei Selbstkritik enthielt.³⁹ Sie wurde ebenso wie ein Referat von Werner Wunschmann von den Anwesenden ohne Beifall und mit erkennbarer Ablehnung aufgenommen. Am Nachmittag wurde in der Diskussion jedoch offen mit der Politik Göttings abgerechnet und sein Rücktritt gefordert.⁴⁰ Der Haupt-

35 *Neue Zeit* vom 17. Oktober 1989.

36 Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Presseorgane, Berlin, den 25.10.1989: Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden und Ortsgruppen sowie Informationsberichte von Vorständen der CDU. ACDP (s. Anm. 21).

37 Schreiben Gerald Göttings an alle Mitglieder des Parteihauptvorstandes vom 25. Oktober 1989. ACDP (s. Anm. 21).

38 *Neue Zeit* vom 27. Oktober 1989.

39 Vgl. Eröffnungsansprache des Parteivorsitzenden zur Künstlertagung (27.10.1989). ACDP (s. Anm. 21).

40 Bericht von Nikolaus Flämig aus Hennerdorf. An den Bezirksverband Dresden der CDU und die Redaktion der Union, Hennersdorf, am 30.10.1989. ACDP (s. Anm. 21). Vgl. REUTH (zit. Anm. 21).

vorstand reagierte mit Erklärungen, in denen er sich zur Mitverantwortung für die vierzigjährige Geschichte der DDR bekannte und Thesen über den weiteren Weg der Blockpartei formulierte. Dennoch wuchs der Druck auf Götting.

Nachdem der »Brief aus Weimar« am 27. Oktober auch in der gesamten Unionspresse abgedruckt worden war, veröffentlichte die *Neue Zeit* einen Tag später den Diskussionsentwurf eines Positionspapiers des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU, in dem nun in acht Grundforderungen u. a. freie Wahlen, eine am Markt orientierte Wirtschaft, ein grundlegend verändertes öffentliches Leben, das sich »durch lebendige Demokratie, strikte Rechtsstaatlichkeit und realistische Medien politisch auszeichnet«, sowie eine »neue Qualität innerparteilicher Demokratie« formuliert wurden.⁴¹ Betont wurde jedoch erneut, daß die CDU eine eigenständige Partei in der DDR und für den Sozialismus sei und bleibe. Das Präsidium des Hauptvorstandes rief auf, den Entwurf zu diskutieren und kurzfristig den 17. Parteitag einzuberufen.⁴² Vor allem die mit den Kirchen verbundenen CDU-Mitglieder, die Kontakt zu oppositionellen Bürgergruppen hatten, forderten jedoch bereits einen eindeutigen Kurswechsel der Partei und den Rücktritt Göttings. Am 1. November verlangten die vier Initiatoren des »Briefes aus Weimar« und Vertreter aus den Bezirken Götting in einem Gespräch zum Rücktritt auf.⁴³

Am 2. November fand daraufhin eine außerordentliche Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes statt, zu der Götting zwar noch eingeladen hatte, an der er aber selbst nicht mehr teilnahm. Heyl eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, es gehe »längst nicht mehr allein um eine Solidarisierung mit dem Brief aus Weimar, sondern um ganz konkrete Forderungen nach personellen Veränderungen«. Er informierte darüber, daß Götting selbst darum gebeten habe, ihn von seiner Funktion als CDU-Vorsitzenden zu entbinden. Beraten wurde auch ein Rücktritt des gesamten Präsidiums des Hauptvorstandes.⁴⁴

Die Mitglieder des 1987 eingesetzten Hauptvorstandes beauftragten Wolfgang Heyl mit der vorläufigen Wahrnehmung des Vorsitzes der CDU. Heyl lehnte es jedoch ab, für die Wahl eines neuen Vorsitzenden am 10. November zu kandidieren. Statt dessen schlug er u.a. Lothar de Maizière vor, auf den sich schließlich die Anwesenden einigten. De Maizière hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine Parteifunktionen innegehabt, besaß als Vizepräses

41 *Neue Zeit* vom 28. Oktober 1989. Vgl. *Wir sind das Volk. Hoffnung '89. Teil 2: Die Bewegung. Oktober/November 1989*, Halle/Leipzig 1990, S. 31f. Vgl. LÜCK (zit. Anm. 18) S. 129f.

42 *Neue Zeit* vom 28. Oktober 1989.

43 Teilnehmer u.a. Martin Kirchner, Martina Huhn, Christine Lieberknecht, Gottfried Müller, Walter Riedel, Heinz Hellwig, Peter Zimmermann. Vgl. KORBELLA (zit. Anm. 10) S. 11f.

44 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. März 1991.

der evangelischen Bundessynode jedoch kirchliches Vertrauen und schien von daher besonders geeignet, die Nachfolge Göttings anzutreten.

Götting erklärte am 2. November seinen Rücktritt.⁴⁵ Bis zur offiziellen Wahl de Maizières übernahm Heyl kommissarisch die Leitung der Partei. Nach dem Wechsel an der Parteispitze avancierte die CDU »rasch zur Vorreiterin der Reformbestrebungen unter den Blockparteien«⁴⁶. Bereits einen Tag nach Göttings Rücktritt verlangte die CDU-Fraktion der Volkskammer die sofortige Einberufung der Volkskammer und forderte die Regierung auf, die Vertrauensfrage zu stellen. Angesichts des Unmutes über die Kommunalwahlen gelte es nun, ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten und die Kommunalwahlen zu wiederholen.⁴⁷

Offen verkündetes Ziel der CDU war nun eine demokratische Reform des Sozialismus. De Maizières erklärte am 6. November 1989 in der *Neuen Zeit*, die DDR brauche endlich »einen Sozialismus, der diesen Namen wirklich verdient«. Nicht der Sozialismus sei am Ende, so de Maizières einige Tage später, sondern »seine administrative diktatorische Verzerrung«.⁴⁸ In zahlreichen weiteren Stellungnahmen setzte sich der neue Vorsitzende nun bis zum Dezember 1989 immer wieder unmißverständlich für einen demokratisch erneuerten Sozialismus ein. Am 19. November 1989 nannte er den Sozialismus »eine der schönsten Visionen menschlichen Denkens«.

Auch die Bezirks- und Kreisverbände der CDU schlossen sich nach dem Führungswechsel dem neuen Kurs einer Demokratisierung der Gesellschaft an, lehnten aber die sozialistischen Bekundungen der Parteiführung teilweise ab. In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung erklärte die CDU-Fraktion bereits am 26. Oktober den Auszug aus dem Demokratischen Block.⁴⁹ Das Bezirkssekretariat der CDU in Erfurt forderte am 14. November 1989 die Herstellung der Eigenständigkeit des Bezirkstages als höchstem gewählten Machtorgan des Bezirkes und eine »selbständige und unabhängig von Parteinstanzen praktizierte Machtausübung«. Die CDU kündigte für die nächste Sitzung an, als Fraktion aufzutreten und forderte vom Ratsvorsitzenden die Akzeptierung von Fraktionsbildungen, rechtzeitige Information der Abgeordneten, Wahl einer unabhängigen Tagungsleitung, die Bildung eines Beschwerdeausschusses, die Anrede aller Abgeordneten als »Abgeordnete«, eine einheitliche Pausenversorgung, ein Ende der Bevorzugung der SED im

45 »Gerald Götting erklärt Rücktritt als CDU-Vorsitzender« und »Hartmann löst Homann als NDPD-Vorsitzenden ab“, in: Informationen des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen 21, vom 17. November 1989, S. 27.

46 SUCKUT (zit. Anm. 1) S. 131.

47 BAHRMANN/LINKS (zit. Anm. 31) S. 81.

48 *Neue Zeit* vom 18. November 1989.

49 Vgl. KORBELLA (zit. Anm. 10) S. 11.

Bezirkstag und eine Revision des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985.⁵⁰ Zu seiner Sitzung am 17. November trat der Bezirkstag Erfurt bereits fraktionsweise an.⁵¹ Die CDU-Fraktion erklärte, daß sie den »Block« nicht mehr als Plattform der Zusammenarbeit ansehe und das Einstimmigkeitsprinzip nicht mehr akzeptiere.⁵²

Ähnlich, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, lief die Entwicklung nun fast überall ab. Daß es sich bei den Forderungen der CDU nicht um leere Worthülsen, sondern um konkrete Schritte hin zur angestrebten politischen Mitarbeit handelte, zeigten die vom Amt für Nationale Sicherheit registrierten »Anstrengungen zur Schaffung einer Kaderreserve« der CDU, die Ende November 1989 unternommen wurden, um auch auf unterer staatlicher Ebene (Bezirk, Kreis, Kommunen) Positionen durch CDU-Abgeordnete besetzen zu können.⁵³

Bei der vom 20. bis 22. November in Burgscheidungen tagenden Hauptvorstandssitzung kam es zu heftigen Debatten darüber, ob der Sozialismus noch ein tragfähiger Begriff für die zu erneuernde Gesellschaft sei. Bei einer Abstimmung im Plenum forderte die Mehrheit der Hauptvorstandsmitglieder, auf den Begriff »Sozialismus« zu verzichten. Ein Bericht des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) über die Sondersitzung des Hauptvorstandes der CDU in Burgscheidungen spiegelt diesen Konflikt wider. Hier hieß es, es gebe unter den Mitgliedern »äußerst widersprüchliche Auffassungen zur weiteren Perspektive und Zielen der CDU«. Dabei zeichne sich eine Auseinandersetzung zwischen dem neuen Vorsitzenden, der an den humanistischen Traditionen der Partei festhalte, und jenen Mitgliedern ab, die eine stärkere Machtbeteiligung in Staat und Regierung fordern.⁵⁴

Da sich de Maizière mit seinen Vorstellungen durchsetzte, legte die CDU nach der Sitzung den Entwurf eines demokratisch-sozialistisch orientierten Programmpapiers vor, in dem ein Volksentscheid über eine neue Verfassung ohne Führungsanspruch einer Partei gefordert wurde. Der Hauptvorstand

50 Schreiben des Bezirksvorsitzenden der CDU Erfurt, Schnieber, an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt, Swatek, vom 14. November 1989. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar 041494.

51 Vgl. ebd.

52 Rat des Bezirkes Erfurt. Der Sekretär: Hinweise, Vorschläge und kritische Bemerkungen aus der Diskussion der 16. Tagung des Bezirkstages, ihre Klärung, Entscheidung sowie Beantwortung. Abg. B. Schnieber (CDU). Erfurt, 23.11.1989. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar 041492.

53 Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle, Abteilung XX: Einschätzung zur politisch-operativen Lageentwicklung. Halle, 24. November 1989 mü-ki. Gez. i.V. Steffen, Major, Gröger, Oberst, Leiter der Abteilung, in: Keine Überraschung zulassen! Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989. Hg. von Mitgliedern der Redaktion »Das andere Blatt«. Halle 1991², S. 117-121.

54 Vgl. ebd.

sprach sich für eine »Koalition der Vernunft und Verantwortung« aus, die allen gesellschaftlichen Kräften offen stehen sollte. In einem zweiten Entwurf des Grundsatzpapiers »Position der CDU zu Gegenwart und Zukunft« bekannte sich die CDU am 25. November erneut zu ihrer Mitschuld an den gesellschaftlichen Deformationen und sprach sich für eine humane und demokratische Gesellschaft, für einen »Sozialismus nach christlichem Verständnis«⁵⁵ aus. Die wesentliche Frontlinie in der CDU lief nun zwischen den Befürwortern einer demokratischen Reform des Sozialismus um de Maizière, der sich auf dieser Grundlage für freie Wahlen 1990 und für eine Konföderation aussprach⁵⁶, und den sich an der Politik der westlichen Union orientierenden Reformkräften.

Unerwartet rief die SED über Nacht zum 28. November die Parteien und Massenorganisationen zu einer geheimen Sitzung des »Demokratischen Blockes«⁵⁷ zusammen. De Maizière stellte gleich bei der Eröffnung »einem Paukenschlag gleich«⁵⁸ für die CDU den Antrag, »diese Sitzung als unsere letzte zu betrachten und von ihr an den Runden Tisch zu gehen«. Dieser schien ihm besser geeignet als der Block, die neue, gleichberechtigte Zusammenarbeit der demokratisch-sozialistischen Parteien zu demonstrieren und zu realisieren. Auch die anderen Parteien und Massenorganisationen bekundeten ihre Bereitschaft, sich an einem Runden Tisch zu beteiligen.⁵⁹

De Maizière warf der SED vor, das angeblich ursprüngliche Verständnis des Blocks als »Beratungs- und Entscheidungsorgan gleichberechtigter, eigenständiger politischer Kräfte« unterminiert zu haben und trat für eine völlige Selbständigkeit der Mitglieder des Blocks ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits zahlreiche CDU-Vorstände ihren Austritt aus dem Block erklärt und bereits dasselbe von der Parteiführung gefordert. Für die SED wies Krenz den Vorschlag zurück und erklärte, daß sich der Block in 40 Jahren Existenz der DDR bewährt hätte. Krenz forderte die Blockmitglieder auf, dem Vorschlag nicht zu folgen und statt dessen eine gemeinsame Position für den Runden Tisch festzulegen. Daraufhin unterstützten alle Parteien und Massenorganisationen – mit Ausnahme der CDU – das Anliegen der SED. Dennoch blieb dies die letzte Sitzung. Der 1945 ins Leben gerufene Block ging auch ohne einen Auflösungsbeschluß in den Wirren der kommenden Ereignisse sang- und klanglos unter.

⁵⁵ *Neue Zeit* vom 25. November 1989.

⁵⁶ Unterlagen der VIII. Tagung des Hauptvorstandes der CDU vom 20.-22.11.1989 in Burgscheidungen. ACDP (s. Anm. 21).

⁵⁷ Stenografischer Bericht. »Demokratischer Block« vom 28. November 1989. Zit. bei Uwe THAYSEN, »Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk?« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 21 (1990), S. 71-100 und S. 285-287.

⁵⁸ GERLACH (zit. Anm. 31) S. 338.

⁵⁹ Brief von Lothar de Maizière an Martin Ziegler vom 28. November 1989. Bundesarchiv Potsdam A-3 I Bl. 21f.

Die Auseinandersetzungen zwischen den »Demokraten« und den »demokratischen Sozialisten« in der CDU bestimmte nicht nur die interne Entwicklung der Partei, sie hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die Haltung der bundesdeutschen Union gegenüber der Ost-CDU. Im Bonner Kanzleramt und im Bundesvorstand der West-CDU nährten de Maizières sozialistische Bekundungen Skepsis.⁶⁰ Bereits seit September 1989 hatte es in der West-Union Diskussionen über das Verhältnis zur Ost-CDU gegeben. Dabei standen sich von Anfang an Gegner und Befürworter von Kontakten zu Vertretern der Ost-CDU gegenüber.

Auf einer Sitzung des CDU-Präsidiums am Abend des 25. Oktober wurde beschlossen, Kontakte zu reformwilligen Kräften an der Basis der Ost-CDU zu suchen, an der seit Jahrzehnten eingenommenen Haltung, keine offizielle Verbindung mit der Führung der Ost-CDU herzustellen, jedoch nicht zu rütteln.⁶¹ Helmut Kohl erklärte, es bestehe ein verstärktes Interesse an persönlichen Kontakten zu Mitgliedern und Gruppen der Ost-CDU.⁶² Er erinnerte jedoch auch daran, daß die Ost-CDU zahlreiche »Freunde der Union in früherer Zeit verraten« habe. Mit ihrer Hilfe seien einst Hunderte nach Sibirien verschleppt worden: »Mit solchen Leuten«, so der Bundesvorsitzende, »können wir uns nicht an einen Tisch setzen«.⁶³ Der Linie differenzierter Kontakte folgte die Führung der West-CDU von nun an kontinuierlich. Das bedeutete, daß – wie bereits zur CDU-Führung unter Götting – auch zum demokratisch-sozialistischen Vorstand unter de Maizière keine Kontakte aufgenommen, andererseits aber Initiativen auf Landes-, Kreis- und Ortsebene unterstützt wurden.

Die bundesdeutsche Union mußte sich durch den von de Maizière propagierten demokratischen Sozialismus als nichtsozialistische Partei aus dem Kreis der akzeptierten politischen Kräfte ausgeschlossen fühlen. Aus parlamentarisch-demokratischer Sicht war die demokratische Erneuerung des Sozialismus zwar ein Fortschritt gegenüber dem totalitären Sozialismus der SED, als politisches Konzept jedoch stellte auch der demokratische Sozialismus das freiheitliche Modell westlicher Demokratie radikal in Frage. Auf der Grundlage des sozialistisch eingeschränkten Demokratieverständnisses konnte es schwerlich gute Parteibeziehungen geben. Die DDR-internen Denkkategorien und die dort üblichen Diskursgepflogenheiten fanden dabei wenig Beachtung. Im Westen war man es gewöhnt, klare politische Alternativen zu formulieren. Die baldige Aufnahme von Parteibeziehungen scheiterte

60 Vgl. Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 39.

61 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. Oktober 1989.

62 *Kölnische Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Rundschau* vom 10. Oktober 1989.

63 Zit. in *Welt am Sonntag* vom 22. Oktober 1989.

somit an den konträren politischen Vorstellungen von Ost- und West-CDU und Verständigungsschwierigkeiten.

Die demokratisch-sozialistische Ausrichtung der Führung und von Teilen der Mitgliederschaft der Ost-CDU führte aber nicht nur dazu, daß die West-CDU sich weigerte, die Ost-CDU als Schwesterorganisation zu akzeptieren und nach alternativen Partnern in der DDR Ausschau zu halten, sie provozierte auch die Bildung neuer Parteien in der DDR, deren Demokratieverständnis nicht durch den Ausschluß der nichtsozialistischen oder anderer demokratischer Parteien vom politischen Machtkampf getrübt war.

Bedingt durch die Linkslastigkeit des politischen Spektrums – fast alle politischen Kräfte vertraten mehr oder weniger sozialistische Ziele – fühlten sich breite potentielle Wählerschichten nicht repräsentiert. Der Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA), Rainer Eppelmann, sprach dies als erster aus. Er, der selbst noch wenige Tage zuvor für eine sozialistische Entwicklung plädiert hatte, unternahm nun den Versuch, den DA gegen den Widerstand des starken linken Flügels zu einem Sammelbecken nichtsozialistischer Kräfte umzuformen und für die Bevölkerungsgruppen wählbar zu machen, die auf den Demonstrationen mit Plakaten wie »Nie wieder Sozialismus!« auf sich aufmerksam machten. Dieses Bemühen wurde von zahlreichen westlichen Parteien honoriert. Der DA wurde schnell zum beliebten Ansprechpartner der Bonner Parteiprominenz.

Die Unfähigkeit der Führungen der Blockparteien, sich schnell vom ideologischen Ballast jahrzehntelanger sozialistischer Indoktrination zu lösen und die christliche, konservative oder liberale Wählerklientel zu bedienen, führte ab Dezember 1989 zu einer Gründungswelle neuer politischer Parteien. Vor allem im Süden der DDR bildeten sich ab Dezember 1989 viele christliche, liberale und konservative Parteien. Sie gingen oft aus dem Neuen Forum oder anderen Bürgerinitiativen hervor, lehnten die linksorientierten Oppositionsgruppen jedoch ebenso ab wie die Blockparteien und verstanden sich oft von Anfang an als DDR-Ableger bundesdeutscher Parteien.⁶⁴ So wurde z. B. Anfang Dezember 1989 in Leipzig die »Christlich-Soziale Partei Deutschlands« (CSPD) gegründet, deren Mitbegründer, Pfarrer Hans Wilhelm Ebeling, die CSDP als »nachgeborenen Zwilling« der CSU und als Schwesterpartei von CSU und CDU in der Bundesrepublik bezeichnete.⁶⁵

64 Vgl. Friedhelm B. MEYER ZU NATRUP/Ulrich SCHÜLLER, »Demokratie im Aufbruch – Skizzen zur Entwicklung demokratischer Parteien und Bewegungen in der DDR«, in: *Eichholz Brief* Jg.27 (1990), Heft 2, S. 54.

65 Reinhard MYRITZ/Hans-Willi NOLDEN, 18. März 1990. *Die Parteien in der DDR und ihre Programme*, hg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln 1990, S. 50. Vgl. Peter R. WEILEMANN u.a., *Parteien im Aufbruch. Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR*, 2. akt. Auflage mit Ergebnissen der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 (Deutschland-Report 8), Melle 1990, S. 33.

Dem Hauptvorstand der Ost-CDU blieb die Veränderung der politischen Landschaft nicht verborgen. Der Zusammenbruch des SED-Regimes, das Überangebot an sozialistisch-demokratischen Alternativen, die Neubildung demokratischer Parteien im christlich-demokratischen, konservativen und liberalen Lager, die ablehnende Haltung des Bundesvorstandes der West-CDU, aber vor allem auch die Forderung der Mitglieder, die mehrheitlich von Sozialismus, gleich welcher Provenienz, nichts mehr wissen wollten, setzten den Hauptvorstand unter Druck, von liebgewordenen Denktraditionen Abschied zu nehmen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Hauptvorstand war dies jedoch ein Abschied in kleinen Raten. Deutlich blieb die Ost-CDU wie auch die anderen ehemaligen Blockparteien im politischen Milieu der in Auflösung befindlichen DDR befangen.

Vor dem Sonderparteitag Mitte Dezember 1989 erreichte die Diskussion über den weiteren Weg der CDU einen Höhepunkt. In der *Neuen Zeit* polemisierte der stellvertretende Chefredakteur des Blattes, Hans Güth⁶⁶, gegen die West-CDU und empfahl der Ost-CDU einen linken Kurs im Sinne des »Sozialismus aus christlicher Verantwortung«, wie ihn Jakob Kaiser vertreten habe.⁶⁷ Auch das Funktionärsorgan *Union teilt mit* setzte sich für einen sozialistischen Kurs ein und blieb ein Sprachrohr der reaktionären Kräfte in der Partei. Aus der Mitgliederschaft aber kamen deutliche Signale gegen jede Art von Sozialismus, die die CDU-Führung nicht länger ungestraft ignorieren konnte.

Auf ihrem Sonderparteitag (15./16. Dezember 1989) in Berlin verabschiedete sich die Ost-CDU offiziell vom Sozialismus, bekannte sich zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, zur parlamentarischen Demokratie und zur Einheit der deutschen Nation. Die Delegierten beschlossen eine entsprechende neue Satzung und wählten einen neuen Parteivorstand. Unter dem Druck der Mitglieder, die zum überwiegenden Teil jede Form eines Sozialismus ablehnten, aber auch um die CDU nicht als im Parteienspektrum weiter links stehend als die Sozialdemokratische Partei (SDP) erscheinen zu lassen, die von Anfang an jede explizit »sozialistische« Zielbeschreibung vermieden hatte⁶⁸, revidierte de Maizière auf dem Parteitag überraschend seine prosozialistische Haltung und strich unter tosendem Beifall den Sozialismus als »leere Hülse«⁶⁹ aus dem Vokabular der CDU. Die Delegierten suchten erkennbar ihre Identität in der Gegnerschaft zur SED, der sie die

66 Nach Angaben des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen (UFJ) war der ehemalige Leiter der gesamtdeutschen Abteilung der CDU und stellvertretende Chefredakteur der *Neuen Zeit*, Hans Güth, unter dem Tarnnamen »Garn« langjähriger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Vgl. Situationsbericht des UFJ vom 3. bis 9. Dezember 1959.

67 *Neue Zeit* vom 6. Dezember 1989.

68 SUCKUT (zit. Anm. 1) S. 131.

69 *Union teilt mit*, 1 (1990) S. 2.

Verantwortung für die vergangene Entwicklung zuwiesen. In seiner Rede bezeichnete de Maizière den »demokratischen Zentralismus« als »genetische(n) Defekt der DDR und des in ihr betriebenen Pseudosozialismus«.

Am 17. Dezember gratulierte auch der Vorsitzende der Exil-CDU der SBZ, Siegfried Dübel, de Maizière zu dessen Wahl. Erstmals habe die CDU in Mitteldeutschland seit der Absetzung Jakob Kaisers wieder einen »legalen Vorsitzenden und legitimen Sprecher«. Die Exil-CDU, so Dübel, habe in den Jahren ihrer Existenz für Veränderungen in der DDR gekämpft. »Dies war nicht immer leicht, insbesondere nicht in jener Zeit, in der nicht nur eine Annäherung zwischen SPD und SED erfolgte, sondern auch die westdeutsche CDU sich mit der Herrschaft der totalitären SED abzufinden begann und es auch in der westdeutschen CDU z. T. sehr hochrangige Stimmen gab, die der Demokratie in unserer Heimat auf absehbare Zeit nur sehr geringe Chancen einräumen wollten.« Die politische Verpflichtung der Exil-CDU, für die christlichen Demokraten in Mitteldeutschland zu sprechen, ende mit der Wahl de Maizières. Unabhängig davon, so Dübel, werde die Exil-CDU auf absehbare Zeit zusammenbleiben und hoffe auf gute Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Kreisverbänden der CDU in der DDR.⁷⁰ Anders als die Exil-CDU reagierte der Bundesvorsitzende der West-CDU auf den Parteitag. Noch bei seinem Besuch in Dresden weigerte sich Kohl, mit dem Vorsitzenden der Ost-CDU zusammenzutreffen.⁷¹

Nach dem Parteitag setzte sich die Veränderung der Ost-CDU schnell fort. Bereits am 23. Dezember wurde die alte Struktur des ehemaligen Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU zum 31. Dezember aufgehoben.⁷² Auf einer Tagung des Parteivorstandes am 5. und 6. Januar 1990 in Burgscheidungen sprach sich die CDU-Führung für die Einheit der Nation in den bestehenden Grenzen und für die Überwindung der Militärblöcke aus. Deutschland könne zur »Brücke zwischen Ost und West« und zum stabilisierenden Faktor in Europa werden.⁷³

Auch diese Positionsbestimmung, die an die politischen Vorstellungen Jakob Kaisers anknüpfte, war nur eine Momentaufnahme auf dem Weg der Blockpartei. Sie macht deutlich, daß die Veränderungen innerhalb der CDU in einem schmerzlichen Prozeß erfolgten, der nur Schritt für Schritt

70 Schreiben des 1. Vorsitzenden der Exil-CDU, Siegfried Dübel, an den Vorsitzenden der CDU Deutschlands in der DDR, Lothar de Maizière, vom 17. Dezember 1989. ACDP (s. Anm. 21).

71 SUCKUT (zit. Anm. 1) S. 133.

72 Schreiben von Lothar de Maizière an Guntram Kostka vom 8. März 1990. ACDP (s. Anm. 21).

73 *Grundsätze für das Programm der CDU*, hg. v. d. Geschäftsstelle des Parteivorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Vgl. Hans-Joachim FIEBER/Michael PREUSSLER (Hg.), *Deutsche Orientierungen. Deutschlandpolitische Dokumente und Materialien seit Oktober 1989*, Berlin 1990, S. 48.

vorankam. Von einer radikalen Absetzung der alten Führung und einer schnellen Besinnung auf eventuelle gemeinsame Werte der Union in ganz Deutschland konnte keine Rede sein. Zu stark waren die Positionen der Funktionäre in der Ost-CDU, die die Ideologie und das System der DDR verinnerlicht hatten. Eine Parteirevolution fand nicht statt. Vielmehr paßten die CDU-Funktionäre sich und die Partei unter dem Druck der Mitglieder nur langsam den Auffassungen der bundesdeutschen CDU an.

